EU wählt harte Linie gegen Migranten

Die Solidarität der EU-Mitgliedsstaaten hält sich punkto Flüchtlinge in Grenzen: Sie wollen keinen verbindlichen Verteilschlüssel für Asylsuchende.
AP/Gregorio Borgia

GIPFELTREFFEN Die Zahl der Asylbewerber in der EU steigt rasant und überfordert die Grenzländer. Eine obligatorische Verteilung lehnen die Mitgliedsstaaten aber ab.

FABIAN FELLMANN, BRÜSSEL
fabian.fellmann@luzernerzeitung.ch

Die Zahlen sind eindrücklich. 153 000 Migranten sind im laufenden Jahr in der EU registriert worden. Das sind 150 Prozent mehr als im Vorjahr, wie die EU-Grenzschutz-Agentur Frontex mitteilt. Auf der Route über den Westbalkan nach Ungarn kamen bereits neunmal mehr Migranten, über das Mittelmeer fünfmal mehr, der grösste Teil von ihnen aus Libyen. Trotz dieser offensichtlichen Notsituation zögern die EU-Länder aber weiter, den Grenzländern Italien und Griechenland zu helfen. Die 28 Staats- und Regierungschefs konnten sich gestern an einem Gipfeltreffen in Brüssel nicht auf einen verbindlichen Verteilschlüssel für Flüchtlinge aus Syrien und Eritrea einigen. Die EU-Kommission hatte vorgeschlagen, 40 000 in Italien und Griechenland gestrandete Flüchtlinge in andere EU-Länder umzuplatzieren. Für den Schlüssel sollten Wirtschaftswachstum, Arbeitslosigkeit sowie bereits aufgenommene Asylbewerber pro Land berücksichtigt werden.

Der estnische Premierminister Taavi Rõivas ist damit allerdings nicht einverstanden: «Wir sind zu Solidarität bereit, aber der Vorschlag der Kommission ist nicht ausgewogen. Wir müssen die Verteilungskriterien neu verhandeln.» Und die litauische Präsidentin sagte, eine Verteilung sei «nur freiwillig möglich». «Wir müssen auch zu den Flüchtlingen ehrlich sein», sagte sie: Die Plätze in ihrem kleinen Land seien begrenzt, und man könne die Flüchtlinge nicht einfach dazu zwingen, etwa nach Litauen zu gehen.

Appelle verklingen

Der österreichische Premierminister Werner Faymann hingegen plädierte dafür, jedes Land zur Aufnahme von Flüchtlingen zu verpflichten. «Entweder lösen wir das Problem in Europa gemeinsam, oder wir bringen es nicht zu Stande», sagte er. Und der Luxemburger Regierungschef Xavier Bettel kritisierte: «Man kann nicht nur Sonntagsreden halten, wenn was passiert.» Den Worten müssten jetzt Taten folgen. Die Appelle verklangen. Viele Länder befürchten, der Verteilschlüssel könnte künftig nicht nur in Notfällen zur Anwendung kommen, sondern zu einer ständigen Verteilung von Asylbewerbern führen.

Parlamentspräsident Martin Schulz drückte seine Enttäuschung darüber aus, als er sagte: «Es ist traurig, dass wir diese Diskussion auf dem reichsten Kontinent führen.» Gleichzeitig zeigte er Verständnis dafür, dass Ratspräsident Donald Tusk keine Kampfabstimmung zu dem Thema angesetzt hatte, sondern von Anfang an eine freiwillige Verteilung vorschlug. «In humanitären Fragen sollten Staaten nicht besiegt werden», sagte Schulz. Tusk appellierte an die Mitgliedsstaaten, nun wenigstens auf freiwilliger Basis grosszügig Flüchtlinge aufzunehmen. Damit hofft die Kommission, doch noch 40 000 Personen umplatzieren zu können. Bis Ende Juli sollen die entsprechenden Verhandlungen nun geführt werden. Nicht umstritten war, dass die EU-Länder zusätzliche 20 000 Plätze für besonders Schutzbedürftige anbieten, die derzeit in Flüchtlingslagern ausserhalb Europas ausharren.

Schlepper und Rückschaffungen

Am wichtigsten sind den EU-Ländern aber der Kampf gegen das Schlepperwesen und die rasche Rückschaffung von abgewiesenen Asylbewerbern. Diese Woche ist die Militärmission EU Navfor gestartet. Sie soll mit fünf Schiffen, zwei U-Booten, drei Flugzeugen, drei Helikoptern, zwei Drohnen und rund 1000 Mann gegen die Schlepper antreten. Ihre Befugnisse sind allerdings sehr beschränkt – der UNO-Sicherheitsrat hat ihr kein Mandat für militärisches Eingreifen erteilt. Und auf eine Einladung der libyschen Regierung wartet sie ebenfalls vergeblich, weil das Land gespalten ist. Die EU-Chefpolitiker erteilten zudem der Grenzschutz-Agentur Frontex neu den Auftrag, Rückschaffungen zentral zu planen und durchzuführen.

Ungarns umstrittene Pläne

Ob es mit diesen Massnahmen gelingt, die Spannungen abzubauen, die unter dem Druck der starken Migration in der EU entstanden sind, ist zweifelhaft. Ungarn etwa hat Anfang Woche einen Versuchsballon gestartet und die anderen EU-Länder gebeten, keine Asylbewerber mehr zurückzuschicken. Gemäss den Dublin-Regeln können EU-Länder Asylbewerber in jenes Land zurückschicken, in das sie in die EU eingereist sind. Die Pläne Ungarns lösten darum vor allem in Österreich und Deutschland scharfe Kritik aus. EU-Diplomaten sagten, es gebe keine formellen Anfragen, die Regeln neu zu verhandeln – und ohnehin wäre das sehr kompliziert.

«Dann machen wir das eben alleine»

ITALIEN dsr. Italien hätte sich vom EU-Flüchtlingsgipfel mehr erwartet als die Einigung auf eine «freiwillige» Verteilquote. Doch Regierungschef Matteo Renzi sieht auch eine positive Seite. «Zum ersten Mal wird auf europäischer Ebene anerkannt, dass es ein Flüchtlingsproblem gibt; das allein ist schon positiv und eröffnet neue Perspektiven», erklärte Renzi gestern gegenüber den Präsidenten der zwanzig italienischen Regionen, die sich in Rom ebenfalls zu einem «Flüchtlingsgipfel» versammelt hatten. Vor allem die von der fremdenfeindlichen Lega Nord regierten Regionen Lombardei und Veneto rebellieren seit Wochen gegen die von der Zentralregierung verfügten Flüchtlingskontingente. «Unser Land muss sich in dieser Frage einig zeigen, sonst ist es schwierig, auf europäischer Ebene Solidarität zu verlangen», betonte der Regierungschef.

Solidarität in engen Grenzen

Einstweilen muss Renzi zur Kenntnis nehmen, dass sich die europäische Solidarität mit dem Verzicht auf obligatorische Verteilquoten in engen Grenzen hält. Die Enttäuschung hielt sich dennoch in Grenzen – bezüglich der Erfolgsaussichten der Quoten auf europäischer Ebene hatte man sich keine grossen Illusionen gemacht. Ausserdem: Angesichts der 230 000 Flüchtlinge, die in den letzten 18 Monaten in Italien angekommen sind, ist die geplante Abnahme von 24 000 Flüchtlingen in den kommenden zwei Jahren durch die EU-Partner – ob obligatorisch oder freiwillig – ohnehin nur ein Tropfen auf einen heissen Stein. Sollen die EU-Partner Italien einmal mehr alleine lassen, wäre dies aber kein Problem, hatte Renzi in der Zeitung «La Stampa» schon vor dem gestrigen EU-Gipfel erklärt. Die italienische Marine und die Küstenwache würden im Mittelmeer weiterhin Leben retten, «denn ein Leben ist mehr wert als ein Prozentpunkt mehr oder weniger in einer Meinungsumfrage», so Renzi. «Wenn uns Europa dazu zwingt, dann machen wir das eben alleine.» Italien sei ein grosses Land, das nicht in Hysterie verfalle, nur weil ein paar tausend Flüchtlinge mehr ankämen.

Europa am Scheideweg

Ein Problem sei die mangelnde Solidarität dagegen für Europa, das an einem Scheideweg stehe: Wenn sich die Union solidarisch und verantwortungsvoll zeige, dann werde man für alles eine Lösung finden: für die Anzahl der zu verteilenden Flüchtlinge, für ihre Identifizierung und die Abschiebungen, für die Kosten. «Wenn hingegen der Egoismus und die Angst obsiegen, dann riskieren wir, die Idee, die Werte und die Ideale der Europäischen Union aus den Augen zu verlieren», so Renzi.

Zentralschweiz: Die Plätze für Asylsuchende werden knapp

VERTEILUNG Der Zustrom von Flüchtlingen bringt die Kantone unter Druck. Da immer mehr Asylsuchende verteilt werden müssen, fällt es vielen Kantonen zunehmend schwer, genug Unterkünfte zur Verfügung zu stellen.

Im **Kanton Luzern** sind die Asylzentren Sonnenhof und Hirschpark sowie die Notunterkünfte in Dagmersellen, Luzern, Willisau und Ebikon «bereits leicht überbelegt», wie Guido Graf, Vorsteher des Gesundheits- und Sozialdepartements, gestern auf Anfrage unserer Zeitung erklärte. Per Ende Mai waren 795 Asylsuchende im Kanton untergebracht. «Ab August brauchen wir wieder dringendst neue Unterkunftsplätze», so Graf.

Umstrittene Forderung

Um den Anstieg der Asylgesuche einzudämmen, fordert der CVP-Politiker vom Bundesrat drastische Massnahmen: Da die Schweiz proportional zu ihrer Wohnbevölkerung schon heute eine im europäischen Vergleich hohe Aufnahmequote habe, sollte sie «dringend auch wieder Grenzkontrollen einführen». Dieselbe Forderung hatte jüngst der Tessiner Lega-Regierungsrat Norman Gobbi gestellt. Kurt Zibung (CVP), Volkswirtschaftsdirektor des **Kantons Schwyz,** hält die Forderung zumindest für prüfenswert: «In Anbetracht der Anzahl von illegal einreisenden Personen, die in Arth-Goldau regelmässig aus den Zügen geholt werden, wäre es durchaus angezeigt, diesen Vorschlag ernsthaft aufzunehmen», liess er gestern auf Anfrage ausrichten.

Bessere Abgeltung

Das Schengen-Abkommen verpflichtet die Mitgliedsländer, Grenzkontrollen grundsätzlich nur bei einem konkreten Verdacht durchzuführen. Von diesem Prinzip darf abgewichen werden, wenn «eine ernsthafte Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit besteht». Das Staatssekretariat für Migration (SEM) sieht diese Bedingung zurzeit jedoch nicht als erfüllt.

Weiter erwartet Graf vom Bund eine bessere Abgeltung der Kosten an die Kantone. «Insbesondere für die erforderlichen Notunterkünfte reichen die Bundespauschalen bei weitem nicht», kritisiert er. Zudem fordert er von der Armee Unterstützung bei der Suche nach Unterkünften: «Die Kantone müssten in den nächsten Monaten auf Truppenunterkünfte, die in ihrem Territorium liegen, zugreifen können.»

Einige Armeeunterkünfte werden schon heute für die Unterbringung von Flüchtlingen genutzt. Dafür ist aber das Verteidigungsdepartement (VBS) zuständig. Der Bundesrat hatte ihm 2012 den Auftrag erteilt, dem SEM geeignete Unterkünfte zur Verfügung zu stellen. Seither bekam das SEM 11 militärische Unterkünfte zur Verfügung gestellt, wie VBS-Sprecher Renato Kalbermatten auf Anfrage sagt.

Die anderen Zentralschweizer Kantone sind zurückhaltender mit Forderungen. So heisst es beim Sicherheits- und Justizdepartement des Kantons **Obwalden,** die Einführung systematischer Grenzkontrollen würde nichts an den vielen Krisenherden und somit dem enormen Flüchtlingsstrom ändern. Auch in Sarnen hat man aber Mühe, genügend Unterkünfte zu finden: «Im Moment reichen die Unterbringungsmöglichkeiten noch aus. Wir sind jedoch dringend darauf angewiesen, dass wir bald weiteren Wohnraum im Kanton finden.» Ende Mai waren in Obwalden 283 Personen aus dem Asylbereich untergebracht. Die Zahl der Zuweisungen steigt zwar, der Kanton beurteilt die Zusammenarbeit mit dem Bund aber als konstruktiv.

Der Nachbarkanton **Nidwalden** ist ebenfalls auf der Suche nach zusätzlichen Unterkünften. Die wöchentlichen Zuweisungen von Asylbewerbern hätten sich zuletzt verdoppelt, lässt Regierungsrätin Karin Kayser (CVP) ausrichten.

In Zug und Uri genug Unterkünfte

Im Kanton **Uri** reichen die Unterbringungskapazitäten trotz der Zunahme von Asylbewerbern derzeit noch aus, wie das Amt für Arbeit und Migration mitteilt. Wie im Kanton Schwyz werden auch in Uri regelmässig illegale Einwanderer aufgegriffen, die im Zug nach Norden unterwegs sind. Im laufenden Jahr waren es bereits 73 – gleich viele wie im gesamten 2014.

Auch dem **Kanton Zug** ist es bislang gelungen, genügend Unterkünfte zur Verfügung zu stellen – wenn auch «mit viel Aufwand», wie die Vorsteherin der Direktion des Innern, Manuela Weichelt-Picard (Alternative-die Grünen), erklärt. Problem: Oft handle es sich um Abbruchobjekte. Daher komme es vor, dass Liegenschaften plötzlich nicht mehr zur Verfügung stünden.

LUKAS LEUZINGER
lukas.leuzinger@luzernerzeitung.ch